

Vorlage Stadtparlament

Datum 3. Mai 2022
Beschluss Nr. 1682
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation Konstantin Hälg, Magdalena Fässler, Marcel Rotach: Interventionseinheit (IE) der Stadtpolizei St.Gallen – Wie weiter?; schriftlich

Konstantin Hälg, Magdalena Fässler, Marcel Rotach sowie 19 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 22. Februar 2022 die beiliegende Interpellation «Interventionseinheit (IE) der Stadtpolizei St.Gallen – Wie weiter?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

In der Stadt St.Gallen nimmt gemäss dem kantonalen Polizeigesetz die Stadtpolizei St.Gallen die sicherheitspolizeilichen Aufgaben wahr.¹ Zudem erfüllt sie Aufgaben, die ihr gemäss Vereinbarung² übertragen sind, so insbesondere im verkehrspolizeilichen Bereich. Dabei obliegt der Stadtpolizei im nebenstrafgesetzlichen Bereich ohne tiefergehendes Ermittlungserfordernis auch die allfällige Anzeigerstattung an die Staatsanwaltschaft. Die eigentlichen kriminalpolizeilichen Aufgaben erfüllt hingegen die Kriminalpolizei der Kantonspolizei St.Gallen. Sicherheitspolizeiliche Kernaspekte sind die Gefahrenabwehr und die Störungsbeseitigung. Zu den sicherheitspolizeilichen Aufgaben der Stadtpolizei gehören auch die Entgegennahme und Weiterleitung von Meldungen strafbarer Handlungen, die Durchführung erster Massnahmen am Tatort wie Erkundung, die Sicherung des Tatortes und der Beweise sowie die unmittelbare Mitfahndung und polizeitaktische Einsätze gegen Täterinnen und Täter.³ Dies, zumal davon ausgegangen werden kann, dass im Ereignisfall regelmässig Einsatzkräfte der Stadtpolizei zuerst vor Ort sind.

Wie andere Polizeikorps hat sich auch die Stadtpolizei hinsichtlich ihrer Organisation so auszurichten, dass die mit der Aufgabenerfüllung verbundenen Herausforderungen möglichst optimal bewältigt werden können. In Bezug auf sicherheitspolizeiliche Vorkommnisse mit besonderem Gefahrenpotential ist es dabei unabdingbar, dass gegebenenfalls auch eine entsprechende Interventionseinheit mit speziell ausgebildeten Polizeiangehörigen (Grenadieren) zum Einsatz kommen kann. Bei der Stadtpolizei besteht dafür die SE STEP (Sondereinheit «Spezielle Taktische Einsätze der Polizei»), welche einen

¹ Vgl. Art. 13 Abs. 1 lit. a i.V.m. Art. 24 Abs. 1 des Polizeigesetzes vom 10. April 1980 (sGS 451.1).

² Vereinbarung über die Erfüllung polizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen vom 19. Mai 2015 (sGS 451.17 / SRS 412.1).

³ Vgl. Art. 1 Abs. 2 lit. a der Vereinbarung über die Erfüllung polizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen vom 19. Mai 2015 (sGS 451.17 / SRS 412.1).

Sollbestand von insgesamt 22 Angehörigen aufweist. Sieben dieser Angehörigen haben infolge entsprechender Ausbildung den Status als Instruktor. Von diesen arbeiten zwei Mitarbeiter zu 100 % und fünf Mitarbeiter zu 60 % als Instruktor. Letztere arbeiten in den restlichen 40 % im Sektionsdienst und damit im Frontdienst. Die weiteren 15 Angehörigen der SE STEP verrichten ihren Dienst in den fünf Dienstsektionen und nehmen ihre Aufgabe als Grenadiere in Zusatzfunktion wahr. Ihre Einsatzfähigkeit im Rahmen der SE STEP wird über 21 Ausbildungstage pro Jahr sichergestellt. Insgesamt werden so aktuell für die SE STEP 340 Stellenprozente eingesetzt.

Über den regelmässigen Sektionsdienst bleibt ein steter und aktueller Bezug zur polizeilichen Praxis gewährleistet und so wird gerade auch der Aspekt der Verhältnismässigkeit geschärft. Dieses Modell erlaubt es auch, bei heiklen Interventionen mit erhöhtem Gefahrenpotenzial, die noch unterhalb der Schwelle des Einsatzes der SE STEP liegen bzw. die ein unverzügliches polizeiliches Handeln erfordern, auf speziell geschulte Polizeiangehörige mit Orts-, Personen- und Milieukenntnissen zurückgreifen zu können. Über ihre Ausbildung als Instruktoren bzw. Grenadiere fliesst polizeiliches Spezialwissen vor allem auch automatisch und ständig in den täglichen Frontdienst ein. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Instruktoren nicht nur für die Ausbildung der Grenadiere besorgt sind, sondern vielmehr massgeblich die technisch-taktische Ausbildung aller Polizistinnen und Polizisten der Stadtpolizei prägen, indem sie die entsprechenden korpsinternen Kurse konzipieren, durchführen und leiten. In vielen Führungsfunktionen der Stadtpolizei finden sich ehemalige Angehörige der SE STEP. Wie die Kantonspolizei selber ausweist, bringen vor allem die Instruktoren eine grosse Erfahrung in der Führung von schwierigen und gefährlichen Einsätzen mit. Sie haben den Führungsrhythmus auf einem hohen Niveau verinnerlicht und sind sich gewohnt, unter hohem Druck Entscheidungen zu treffen. Die Instruktoren können eine Lage analysieren, schnelle Entscheidungen treffen, Verantwortung übernehmen und Mitarbeitende im Einsatz führen. Die bestehende Organisation ist für die sicherheitspolizeiliche Aufgabenerfüllung der Stadtpolizei von fundamentaler Bedeutung und hat sich in der Praxis überaus bewährt.

2 Beantwortung der Fragen

1. Wie hoch belaufen sich die jährlichen Personal- und Betriebskosten der städtischen Interventionseinheit?

Die jährlich wiederkehrenden Kosten für die SE STEP belaufen sich aktuell auf rund CHF 570'000⁴, wobei bei interkantonalen Polizeieinsätzen (wie zum Beispiel am World Economic Forum [WEF]) regelmässig eine Rückvergütung erfolgt.

2. Wie hoch würden sich die jährlichen Kosten belaufen, wenn diese Aufgabe die Kapo SG übernehmen würde?

Im Zusammenhang mit der Einführung einer vollamtlichen Interventionseinheit bei der Kantonspolizei St.Gallen unterbreitete diese den anderen Polizeikörper des Kompetenzzentrums Mitte⁵ (Stadtpolizei

⁴ Inklusive Ausbildungs-, Ausrüstungs- und Einsatzkosten.

⁵ Im Ostschweizer Polizeikonkordat werden zum Zweck der gemeinsamen Ausbildung drei Kompetenzzentren geführt. Neben dem Kompetenzzentrum Mitte bestehen dabei auch noch die Kompetenzzentren Süd (Kantonspolizei Graubünden, Kantonspolizei Glarus, Stadtpolizei Chur und Landespolizei Liechtenstein) und Nord (Schaffhauser Polizei und Kantonspolizei Thurgau).

St.Gallen, Kantonspolizei Appenzell Ausserrhoden, Kantonspolizei Appenzell Innerrhoden) im Jahr 2021 den Vorschlag, sich gemeinsam an der vollamtlichen Interventionseinheit der Kantonspolizei St.Gallen zu beteiligen. Vorgebracht wurden dabei die Varianten «Reine Kostenbeteiligung» sowie «Entsenden von Mitarbeitenden in die IE». Beide Varianten würden den Wegfall der SE STEP und damit auch deren eingangs dargelegte Verflechtung mit dem Sektionsdienst und der Ausbildung bedeuten. Dies hätte einerseits eine entsprechende Sicherheits- und Qualitätseinbusse im Frontdienst zur Folge, andererseits müssten im Ausbildungs- wie auch Einsatzbereich neue bzw. zusätzliche Strukturen aufgebaut werden. Bei der Variante «Entsenden von Mitarbeitenden in die IE» kämen eine entsprechende Bestandesreduktion im Sektionsdienst sowie die Problemstellung, wie die aus der Interventionseinheit in die Stadtpolizei zurückkehrenden Polizeiangehörigen⁶ dann wieder sinnvoll integriert werden können, hinzu. Allgemein ist auch darauf hinzuweisen, dass bei einem Wegfall der SE STEP die Attraktivität der Stadtpolizei im Wettbewerb um Polizeibewerberinnen und -bewerber nicht unerheblich beeinträchtigt würde.

Für die Stadtpolizei wäre bei der Variante «Reine Kostenbeteiligung» eine finanzielle Beteiligung von jährlich CHF 978'750 vorgesehen. Bei der Variante «Entsenden von Mitarbeitenden in die IE» wäre für die Stadtpolizei das Entsenden von fünf Polizeiangehörigen vorgesehen, wobei diese weiterhin Angehörige der Stadtpolizei bleiben würden und die Kosten von (mindestens) CHF 575'000 entsprechend durch die Stadtpolizei zu tragen wären.⁷ Beide Varianten würden den Wegfall der SE STEP und der damit verbundenen Kosten bedeuten. Um die Kompetenzlücken in der Ausbildung und im täglichen Dienst, welche ein Wegfall der SE STEP zur Folge hätte, zu schliessen, müssten jedoch wie dargelegt neue Strukturen aufgebaut und aufrechterhalten werden. Dafür wäre mit jährlichen Kosten von rund CHF 285'000 und damit etwa der Hälfte der heutigen Kosten für die SE STEP – zu rechnen. Mit Blick auf die beiden Varianten der Kantonspolizei St.Gallen hiesse dies, dass für die Stadtpolizei gegenüber heute bei der Variante «Reine Kostenbeteiligung» voraussichtliche Mehrkosten von rund CHF 125'000⁸ und bei der Variante «Entsenden von Mitarbeitenden in die IE» voraussichtliche Mehrkosten von (mindestens) rund CHF 290'000⁹ anfielen. Auch in finanzieller Hinsicht wäre damit nicht zu erwarten, dass eine Beteiligung an einer gemeinsamen vollamtlichen Interventionseinheit bei der Kantonspolizei St.Gallen vorteilhaft wäre. Unter den gegebenen Umständen erachtet der Stadtrat eine Beteiligung an einer gemeinsamen vollamtlichen Interventionseinheit bei der Kantonspolizei St.Gallen nicht als zweckmässig.

3. *Geht der Stadtrat auch davon aus, dass die Einsätze ab dem 01.01.2022, aufgrund der Umstrukturierungen der professionellen IE der Kapo SG, sinken werden? Dies aufgrund des Umstands, dass diese IE der Kapo SG, in der Stadt St.Gallen stationiert sein wird?*

Massgebend sind die aufgrund der rechtlichen Vorgaben bestehenden Zuständigkeiten und nicht der Ort der Stationierung einer polizeilichen Einheit. Bis Ende Jahr 2021 nahm die SE STEP sämtliche

⁶ Einer Interventions- bzw. Sondereinheit kann nur angehörig sein, wer die hohen physischen und psychischen Anforderungen erfüllt. Gerade die körperlichen Voraussetzungen können aber ab einem gewissen Alter kaum mehr erfüllt werden, was den Rückzug als Grenadier zur Folge hat.

⁷ Beim Betrag von CHF 575'000 handelt es sich allein um die durchschnittlichen Lohnkosten. Da die Kantonspolizei St.Gallen nach eigenen Angaben davon ausgeht, dass sich bei beiden Varianten für die Stadtpolizei die gleichen finanziellen Belastungen ergäben, ist davon auszugehen, dass weitere Kosten (etwa in Bezug auf Ausbildung und Ausrüstung) hinzukämen.

⁸ CHF 978'750 – CHF 570'000 + CHF 285'000 = CHF 693'750.

⁹ CHF 575'000 + CHF 285'000 = CHF 860'000.

Interventionseinsätze gemäss Abmachung mit der Kantonspolizei auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen wahr. Auf das Jahr 2022 hin kündigte die Kantonspolizei St.Gallen diese Abmachung auf. Seit Beginn dieses Jahres ist damit auf Stadtgebiet nach den allgemeinen Zuständigkeitsregelungen die Kantonspolizei mit ihrer Interventionseinheit im kriminalpolizeilichen, die Stadtpolizei mit ihrer SE STEP im sicherheitspolizeilichen Bereich zuständig. In den letzten Jahren bewältigte die SE STEP durchschnittlich 22 Einsätze pro Jahr. Hätte die seit Beginn des Jahres 2022 bestehende Zuständigkeitsregelung damals schon Anwendung gefunden, wären pro Jahr rund vier dieser Einsätze von der Kantonspolizei St.Gallen übernommen worden. Wie viele Einsätze es in Zukunft für die SE STEP bzw. die Interventionseinheit der Kantonspolizei sein werden, lässt sich letztlich nicht vorhersagen, da solche Einsätze immer lagebedingt anfallen. Ebenso ist darauf hinzuweisen, dass wenn die Interventionseinheit der Kantonspolizei bereits an einem anderen Ort im Kanton gebunden ist, eine ausserkantonale Interventionseinheit mit Kostenfolge und noch grösserer Zeitverzögerung zum Einsatz gelangen müsste.

4. Teilt der Stadtrat die Meinung, dass mit der Professionalisierung der kantonalen IE, ein Ungleichgewicht in Bezug auf die Ausbildung, Erfahrung und letztendlich der Sicherheit der Bevölkerung, entstehen könnte?

Der Umstand, dass die Kantonspolizei St.Gallen eine vollamtliche Interventionseinheit einführen will, bedeutet keineswegs, dass nur eine vollamtliche Interventionseinheit in der Lage wäre, professionelle Arbeit zu leisten. Durch den täglichen Frontdienst müssen - gerade in städtischen Verhältnissen - auch die Mitarbeitenden der SE STEP regelmässig schnell und professionell (z.B. Entscheid über Einsatz Waffe oder Taser) auf sicherheitspolizeiliche Herausforderungen reagieren. Es kam in der Vergangenheit zu keinem Einsatz der SE STEP, bei dem im Nachgang die bestehende Organisationsform in Frage zu stellen gewesen wäre. Ein Vorteil ist dabei gewiss auch, dass sich Einsatzleitung und Angehörige der SE STEP, weil aus demselben Polizeikorps stammend, bestens kennen. Bezeichnen- derweise verfügt in der Deutschschweiz aktuell einzig die Kantonspolizei Bern über eine ähnlich gelagerte vollamtliche Interventionseinheit, wie sie bei der Kantonspolizei angestrebt wird. Unter diesen Umständen ist nicht erkennbar, weshalb die Einführung einer vollamtlichen Interventionseinheit bei der Kantonspolizei St.Gallen dazu führen könnte, dass die SE STEP der Stadtpolizei ihre Aufgaben nicht weiterhin zweifelsfrei erfüllen könnte. Dass die Tauglichkeit der SE STEP nicht in Frage zu stellen ist, zeigt sich im Übrigen auch daran, dass durch die Kantonspolizei explizit ausgewiesen wurde, die SE STEP im Bedarfsfall zur Unterstützung beizuziehen. Im Übrigen trägt gerade auch der Umstand, dass die Angehörigen der SE STEP regelmässigen Frontdienst leisten, zu einem erheblichen Mehrwert in Bezug auf die Sicherheit der Bevölkerung bei.

5. Innerhalb der beiden Polizeikorps fanden Gespräche zu dieser Thematik statt? Wie lauten die Ergebnisse?

Solche Gespräche bzw. Austausche fanden wiederholt statt. Zunächst ging es um den bereits erwähnten Vorschlag einer gemeinsamen vollamtlichen Interventionseinheit, danach um die weitere Zusammenarbeit infolge Neuregelung der Zuständigkeiten auf Stadtgebiet auf das Jahr 2022 hin. Zu den beiden Vorgängen kann auf die Ausführungen zu den Fragen davor verwiesen werden. Die künftige Zusammenarbeit konnte damit geklärt werden. Selbstredend können im Ereignisfall auch noch besondere Absprachen zwischen den Einsatzkräften der beiden Polizeikorps zweckmässig sein. Ein erstes Gespräch zu dieser Thematik fand auch zwischen den politischen Verantwortlichen der Polizeikorps statt. In weiteren Gesprächen sollen allfällige Zusammenarbeitsmöglichkeiten zwischen den Korps in diesem wie auch in anderen Bereichen weiterhin diskutiert werden. Überdies werden im Rahmen

eines laufenden Projekts des Ostschweizer Polizeikonkordats auch Optimierungsmöglichkeiten in Bezug auf die Zusammenarbeit der Interventionseinheiten aller Ostschweizer Polizeikorps geprüft.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Jürg Weder

Beilage:
▪ Interpellation vom 22. Februar 2022